

Tabakgesetz: Bagatellisierter Gesundheitsschutz?

"Les médecins (...) sont en première ligne pour constater jour après jour les conséquences du désastre sanitaire lié à la consommation de tabac", heißt es von Seiten der "association des médecins et médecins-dentistes". Sich auf diese Aussage berufend, haben Déi Gréng ihre Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf von Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo vorgestellt, der in ihren Augen zu kompromissbereit ist. Dabei, so die Grünen bei einer Pressekonferenz am Dienstag, sei ihre Initiative kein Feldzug gegen RaucherInnen - sondern ein Engagement im Sinne der Gesundheit. Um entzugsgewillte Tabakabhängige zu unterstützen, fordern Déi Gréng, dass die Zigarettenschachteln mit einer Telefonnummer zur Entwöhnungsberatung versehen werden. Auch sollten Hilfsmittel wie Nikotinpflaster von der Krankenkasse übernommen werden. Zum Schutz der NichtraucherInnen, die in Luxemburg 70% der Bevölkerung ausmachen, fordern Déi Gréng ein komplettes Rauchverbot "dans les lieux fermés et couverts qui accueillent du public ou qui constituent un lieu de travail, ainsi que dans les enceintes des établissements d'enseignement". Im Klartext hieße das, dass in Cafés, Diskotheken und Restaurants, wo die Gefahren des Passivrauchens am höchsten sind, künftig die Glimmstengel absolut tabu wären. Insgesamt sind Déi Gréng zuversichtlich, dass ihre weitreichenden Änderungsanträge erfolgreich sein werden.

Zübeyde Ersöz n'est plus en grève de la faim

Alors qu'un comité de solidarité à son égard s'est mis en place (voir p. 4), Zübeyde Ersöz vient de mettre fin à la grève de la faim qu'elle avait entamée pour protester contre le traitement dégradant dont elle est victime. Affaiblie, en chaise roulante, elle a pris cette décision lors d'une entrevue avec une déléguée du comité de soutien qui a pu faire état de la vague qui s'est mise en place entre temps. Si les choses commencent à bouger en ce qui concerne l'instruction de la demande d'asile de la journaliste kurde l'espoir de la voir libérée à court terme semble s'amenuiser. Le Luxembourg est lié à la Turquie par un traité qui l'oblige à considérer toute demande d'extradition quant à la forme, sans se préoccuper de façon explicite de la véracité des accusations. Ce qui n'empêche pas que nos autorités puissent mettre fin à un processus inacceptable. En effet, la Turquie invoque le fameux paragraphe 125 ("atteinte portée à l'intégrité du territoire"). Il s'agit donc d'une poursuite pour faits politiques - ce qui constitue l'une des exceptions à l'obligation d'extrader. Un constat que les juges luxembourgeois ont refusé de faire jusqu'à présent. Comme la procédure d'asile risque de durer et que la procédure d'extradition n'est pas abrégée par les instances juridiques, Zübeyde Ersöz restera en prison pour un bon moment encore. Son cas illustre qu'une convention d'extradition avec un pays ne respectant pas les droits humains les plus élémentaires ne signifie qu'une chose: nos instances se voient contraintes de faire le sale travail de la Turquie.

Weniger CAT-Jobs

Am Rande der jährlichen ADEM-Pressekonferenz bestätigte Arbeitsminister François Biltgen, dass die Zahl der CAT (Contrat d'Auxiliaire Temporaire) bei Staat und Gemeinden zurückgeführt wird. Auch sollen Verlängerungen bestehender CAT strenger gehandhabt werden. Stattdessen setzt der CSV-Minister auf die Privatwirtschaft. Mit der FEDIL wurde am Mittwoch ein Rahmen-Abkommen verlängert, das staatlich subventionierte "stages d'insertion" vorsieht: Diese sollen es jungen Arbeitslosen einfacher machen, beruflich Fuß zu fassen. Die öffentlichen CAT-Stellen würden viele der Illusion ausliefern, später vom Staat oder den Kommunen übernommen zu werden. Die aktuelle Situation der öffentlichen Finanzen deutet zurzeit aber nicht in Richtung Stellenausbau. Bei privaten Arbeitgebern würden erfahrungsgemäß etwa 70 bis 75 Prozent der PraktikantInnen in feste Arbeitsverhältnisse übernommen.

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle, statt soziale Überwachung und Bürokratie. Alfred Groff sieht in seinem Modell die Möglichkeit, Armut und Arbeitslosigkeit zu überwinden - verbunden mit mehr Freiheit und Raum für Kreativität.

(Foto: Christian Mosar)



BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Arbeit und Einkommen entkoppeln

worxx: Worin besteht der Unterschied zwischen bedingungslosem Grundeinkommen und dem heute geltenden RMG?

Alfred Groff: Bedingungslos heißt, dass es jeder bekommt. Es braucht dann keine staatliche Kontrolle mehr, ob jemand Anspruch auf das RMG hat, ob er bestimmte Bedingungen nicht oder nicht mehr erfüllt. Dadurch entfällt das Schnüffeln im Privatleben und auch die damit verbundene Bürokratie. Aus meiner täglichen Praxis weiß ich, wie komplex das bestehende System ist. Ändert sich bei RMG-Beziehern die Berechnungsbasis, etwa weil ein Kind dazu kommt, dauert es oft monatelang, bis es zu einer Umstellung der Bezüge kommt. Das Grundeinkommen dagegen steht jedem automatisch zu, wobei der Satz für Kinder und Jugendliche etwas niedriger anzusetzen wäre.

Wie hoch sollte denn so ein Grundeinkommen sein?

Als Diskussionsgrundlage könnte das Konzept der EU-Armutsgrenze dienen: Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Median-Nettoeinkommens in einem bestimmten Land verdient. Das wären in Luxemburg etwa 1.300 Euro. In unserer Gesellschaft werden Arbeit und Einkommen als stark miteinander verknüpft betrachtet. Dabei gibt es neben den bezahlten Arbeiten andere Formen der Arbeit, wie Kinder erziehen oder alte Leute versorgen, die nicht belohnt werden. Und dann gibt es das Benevolat, also Arbeit im sozialen oder kulturellen Bereich, die unentgeltlich verrichtet wird. Das Grundeinkommen wäre ein erster Schritt in die Richtung Arbeit und Einkommen zu entkoppeln. Wenn ich weiß, dass ich mich nicht mehr zu irgendeinem Preis verkaufen muss, werde ich freier in meiner Berufswahl.

Was ist mit bestimmten unangenehmen Arbeiten, die dann niemand mehr ausführen will?

Da plädiere ich für mehr Automatisierung. Sollen doch Ma-

schinen die unangenehmen Arbeiten übernehmen. Wo das nicht möglich ist, muss mehr bezahlt werden - mit der Konsequenz, dass ein Kloputzer unter Umständen ähnlich viel verdient wie ein Arzt oder ein Anwalt.

Ein Finanzierungsmodell sieht vor, die Einkommensteuer durch Konsumsteuern zu ersetzen. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit?

Die Finanzierung über Konsumsteuern bedeutet ja nicht, dass alles mit der gleichen Steuer belegt wird. Grundnahrungsmittel können mit Null Konsumsteuer belegt werden, eine Yacht dafür meinestwegen mit 500 Prozent. Die Konsumsteuer soll immer dann anfallen, wenn etwas konsumiert wird, das andere geschaffen haben. Darin beziehe ich auch Zins- und Spekulationsgewinne jeder Art ein. Für die Unternehmen bedeutet das natürlich eine enorme Kostenersparnis. Es gilt zu verhindern, dass einfach nur die Gewinne ansteigen und die Preise nicht runter gehen. Ob das im Konsens geschieht oder durch Gesetze, ist eine andere Diskussion.

Das Modell stellt alles bisher Dagewesene in Frage. Wie realistisch ist es?

Die Universität Ulm hat zur Machbarkeit einige Modelle entwickelt. Allerdings reicht es nicht, das Ganze durchzurechnen. Spannend wird es sein, wie die Allgemeinheit mit so etwas umgeht. Vielleicht sollten wir mit einem kleinen Betrag anfangen und auf der anderen Seite testen, wie die Leute auf die neue Art der Konsumsteuer reagieren.

Ein Grundeinkommen von 1.300 Euro reicht knapp zum leben. Viele werden unter dem Druck stehen, dazu zu verdienen, um einen gewissen Lebensstandard zu halten.

Es sollen ja auch viele arbeiten. Es geht darum, den Freiraum für alle zu vergrößern. Was gut ist am Kapitalismus, soll erhalten bleiben: Wer viel arbeitet was ändern zu Gute kommt, darf auch entsprechend belohnt werden. Mich stört es nicht, wenn jemand sich dann eben drei Swimmingpools baut. Den Leistungstrieb gibt es nun einmal. Er sollte nur nicht pervertiert werden wie dies im aktuellen System der Fall ist. Lebenskünstler, die mit weniger auskommen, müssen genauso akzeptiert werden.

Ein erklärtes Ziel des Modells ist, mehr Zeit zu schaffen für freiwillige Arbeit oder für kreatives Schaffen. Wäre das nicht auch über eine generelle Arbeitszeitverkürzung zu erreichen?

Aber das Grundproblem bleibt: Arbeit und Einkommen sind aneinander gekoppelt und die so genannten Arbeitgeber, die in Wahrheit die Arbeit anderer nehmen, profitieren weiterhin. Die Zukunft ist absehbar: Maschinen und Computer schaffen immer mehr Arbeitsplätze ab. Außer Überwachung und Unterhalt der Maschinen wird kaum noch jemand gebraucht.

Was ist an der Koppelung von Arbeit und Einkommen so problematisch?

Für mich ist die Möglichkeit, einfach so überleben zu können, ein Menschenrecht. Man wird in

eine Welt geboren, die voller Reichtümer ist. Weshalb also dieser Konkurrenzkampf, der von vornherein Unterschiede schafft. Das Grundeinkommen schafft eine Basis, die es allen erlaubt, angemessen zu leben.

Könnte ein reformiertes RMG das nicht auch leisten?

Das RMG stempelt ab. Außerdem kenne ich Fälle, wo das RMG während Monaten nicht ausgezahlt wird, weil die irgendwelche Meldefristen verpasst haben. Gerade in letzter Zeit bekommen viele gesagt, die Gelder seien knapper und die Vergabebedingungen müssten genau eingehalten werden.

Wären nicht auch beim Grundeinkommen die stigmatisiert, die es nicht schaffen, zusätzliche eine Arbeit zu finden?

Das Grundeinkommen ist ja für alle gleich. Auch die Superreichen bekommen eines. So kann niemand sagen, die sozial Schwachen würden auf der Tasche der anderen liegen. Natürlich wird es auch dann noch Problemfälle geben. Wer sein Grundeinkommen versäuft, und das seiner Frau und seiner Kinder noch mit, braucht eine Betreuung. Aber das wird die Ausnahme sein und nicht die Regel.

Anders als beim RMG würde beim Grundeinkommen nicht mehr versucht, jemandem eine Arbeitsstelle zu vermitteln. Damit stiehlt sich die Gesellschaft aus ihrer Verantwortung für Integration.

Das aktuelle System leistet die Integration doch längst auch nicht mehr. Kaum ein RMGist ist noch im normalen Arbeitsprozess integriert, obwohl sie theoretisch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Früher wurde der Dorftrottel von der Gemeinde beschäftigt, um irgendwo ein bisschen Unkraut zu jäten. Jetzt werden den Kommunen ganze Kohorten von ATIs, also zwangsverpflichteten RMG-Beziehern, zugeteilt. Die Statistik zeigt: Weniger als ein Prozent davon werden in den effektiven Dienst übernommen.

Das Gespräch führten Richard Graf und Raymond Klein.

Zur Person

Der Psychologe Alfred Groff ist Verantwortlich für die sozialpädagogische Beratung bei Inter-Actions. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Betreuung arbeitsloser Menschen. Er betätigt sich auch als Psychotherapeut. Über seine berufliche Tätigkeit hinaus engagiert er sich politisch, dabei tritt er für eine soziale Dreigliederung ein - im Sinne von garantiertem Bürgergeld, direkter Demokratie und zinslosem Geld.